

**Valerie Waldow**

# **Die Gewalt der Demokratie**

**Eine begriffsorientierte Kritik der  
demokratispezifischen Gewaltforschung**



**Nomos**

Das Konzept *Diskurs* steht heute im Zentrum vieler sozial- und geisteswissenschaftlicher Arbeiten, die sich für die Konstruktion sozialer Realität durch sprachlich-symbolische Praktiken interessieren. Während die Diskursforschung in den 1980er-Jahren noch ein Nischen-Dasein fristete, ist sie seither zu einem zentralen Bestandteil zahlreicher Disziplinen geworden. Diese Reihe bietet ein Forum für Forscherinnen und Forscher, die sich insbesondere mit der politischen Funktion von Diskursen auseinandersetzen, wie etwa mit der Beziehung zwischen Diskurs und Macht, mit sozialen/politischen Grenzziehungen, Exklusionsmechanismen, Identitätskonstruktionen oder mit der Schaffung von (Un)Mögli-  
chkeitsräumen für politisches Handeln. Die Reihe ist offen für Monographien, Sammelbände und Dissertationen aus verschiedenen Disziplinen, die in deutscher oder englischer Sprache verfasst sind. Alle Beiträge durchlaufen ein anonymes Peer-Review-Verfahren.

Schriftenreihe

Politische Diskurse | Political Discourse

herausgegeben von

Eva Herschinger, Judith Renner, Alexander Spencer

Band 4

Valerie Waldow

# Die Gewalt der Demokratie

Eine begriffsorientierte Kritik der  
demokratispezifischen Gewaltforschung



**Nomos**

Die Promotion wurde durch die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Magdeburg, Univ., Diss., 2017

ISBN 978-3-8487-5563-9 (Print)

ISBN 978-3-8452-9740-8 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	9
A Auftakt	11
1 ›Neuer Liberalismus‹ und ›demokratische Besonderheit‹: Beobachtungen zum Stand der Disziplin	11
1.1 Ausgangspunkt	11
1.2 Anliegen der Arbeit	20
1.3 Gespräche – Verortung im Forschungsstand	22
1.4 Aufbau der Arbeit	28
2 Konzeptuelle Vorüberlegungen und methodische Konsequenzen	31
2.1 Vom Nutzen eines begriffsorientierten Ansatzes in den Internationalen Beziehungen	31
2.1.1 Historizität	32
2.1.2 Grundsätzliche Umstrittenheit	34
2.1.3 Ideologische Effekte	39
2.1.4 Politische Theorie als politische Praxis	42
2.1.5 Demokratietheorie und Internationale Beziehungen	44
2.2 Methodische Konsequenzen und Präzisierung des Untersuchungsrahmens	47
B State of the Art	51
3 Demokratie und Krieg I – Wissensbestände	51
3.1 Demokratie und Frieden	51
3.1.1 Erklärungsansätze des Demokratischen Friedens	54
3.1.2 Das ›Kantische Friedensdreieck‹	57
3.1.3 Grenzen der Erklärungsansätze der Theorien des Demokratischen Friedens	59
3.2 Demokratie und Krieg – empirische Befunde	61
3.2.1 Allgemeine Trends	61
3.2.2 Besondere ›Demokratische Effizienz‹	63
3.2.3 Machtposition und Entwicklungsstand	65

3.3 Demokratischer Interventionismus	67
3.3.1 Gegenwärtige Entwicklungen im internationalen System	69
3.3.2 Kosten- und Opfersensibilität	73
3.3.3 Begründungen als Motive	81
3.3.4 Nicht gleich und nicht in jedem Falle: Varianz und Selektivität	86
3.3.5 Mittel, Zwecke und Effekte	90
3.4 Zusammenfassung und Bewertung	95
4 Demokratie und Krieg II – Zum Deutungsangebot der demokratiespezifischen Gewaltforschung	100
4.1 Eine demokratiespezifische Neigung zur Anwendung von Gewalt	101
4.2. Der Frankfurter Ansatz	105
4.2.1. Kritisch-liberaler Konstruktivismus: zur strukturationstheoretischen Rekonstruktion sozialkonstruktivistischer Ansätze	108
4.2.2. Demokratischer Krieg als Antinomie des Demokratischen Friedens	109
4.2.3 Liberale Ideologie und Kontextgebundenheit demokratischen Konfliktverhaltens	114
4.2.4 Zur eigentlichen Motivation: »Curiosity for Variances«	116
4.2.5 Zur Erklärungsreichweite des Frankfurter Ansatzes	119
4.3 Herausforderungen der demokratiespezifischen Gewaltforschung – eine Zwischenbilanz	122
C Analyse	126
5 Demokratische Selbstverständnisse	126
5.1 Zum Demokratiebegriff der Forschung zum Demokratischen Frieden	127
5.2 Die liberale Demokratie des Demokratischen Friedens in der Kritik	133
5.2.1 Hegemonie, Exklusion, Hierarchie und der Konsens über die liberale Demokratie	133
5.2.2 Partizipation	137
5.3 (Selbst-)Ansprüche an eine kritische Demokratiekonzeption für die demokratiespezifische Gewaltforschung	141

5.4 Die liberale Demokratie in der demokratiespezifischen Gewaltforschung	143
5.4.1 Vorläufer kritisch-liberaler Selbstbeschreibung?	143
5.4.2 Zur Fortschreibung des liberalen Paradigmas im Frankfurter Ansatz	150
5.4.3 Die Macht des Maßstabs	152
5.4.4 Welche Demokratie?	157
5.4.5 Umstrittenheit?	160
5.5 Fazit. Die unumstrittene liberale Demokratie in der demokratiespezifischen Gewaltforschung	165
6 Immanuel Kant!	168
6.1 Den ›Klassiker‹ lesen... Kant Renaissance als Phänomen eines ›neuen Liberalismus‹	168
6.2 Der paradigmatische Fall – Doyles »Kant, Liberal Legacies and Foreign Affairs«	174
6.2.1 Der liberale Frieden	174
6.2.2 Kants Republik und heutige Demokratien	178
6.2.3 Ein exklusiver Friedensbund?	184
6.2.4 But the liberals are fundamentally different... Der liberale Krieg	191
6.2.5 Ein Interventionsrecht nach Kant?	193
6.2.6 Fatale Essentialisierungen	195
6.3 Zwischenfazit	198
6.4 Harald Müllers antinomische Lesart	200
6.4.1 Vernünftiger Frieden – Liberale Kriegsgründe	202
6.4.2 Einmischung in den Failed State?	205
6.4.3 Legitime Gewalt und der ungerechte Feind	206
6.4.4 Zum Status des ungerechten Feindes: Naturzustand und gerechter Krieg	208
6.4.5 Kant und gegenwärtiger Liberalismus	218
6.5 Liberale Ambivalenz, kritische Selbstaufklärung und Kant als Vordenker einer antinomischen Auffassung des Demokratischen Friedens?	223

## *Inhaltsverzeichnis*

D Abtakt	229
7 Zur Rationalität der kritisch-liberalen demokratiespezifischen Gewaltforschung	229
7.1 Die ideologischen Effekte der demokratiespezifischen Gewaltforschung – eine Zusammenfassung	229
7.2 Konsequenzen und Perspektiven für eine kritische demokratiespezifische Gewaltforschung – ein Ausblick	237
7.3 Die Politisierung der demokratiespezifischen Gewaltforschung – eine Öffnung zum Abschluss	242
Dank	246
Siglen	249
Literatur und Quellennachweise	251

## Abkürzungen

BMVg	Bundesministerium für Verteidigung
COW	Correlates of War Project
DGF	Demokratispezifische Gewaltforschung
DF	Demokratischer Frieden
DK	Demokratischer Krieg
DP	Democratic Peace
ESS	Europäische Sicherheitsstrategie
GCR2P	Global Centre for the Responsibility to Protect
HSFK	Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung
IB	(Lehre der) Internationalen Beziehungen
ICB	International Crisis Behaviour Project
ICISS	International Commission on Intervention and Statebuilding
IPT	Internationale Politische Theorie
KFOR	Kosovo Force
NATO	North Atlantic Treaty Coalition
MTR	Military-Technical Revolution
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PMC	Private Military Company
PSA	Private Sicherheitsagentur
PSC	Private Security Company
PSMAs	Private Sicherheits- und Militäragenturen
RMA	Revolution in Military Affairs
UCDP/PRIO	Uppsala Conflict Data Programm/Peace Reseach Instiute Oslo Armed Conflict Dataset
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UN(O)	United Nations (Organisation)
UNSC	United Nations Security Council



## A Auftakt

### 1 ›Neuer Liberalismus‹ und ›demokratische Besonderheit‹: Beobachtungen zum Stand der Disziplin

»...nevertheless, for almost any puzzle in peace and conflict research, the distinct difference of democratic governance has become an obvious point of departure [...] that democracies somehow behave differently from other regimetypes.«  
– Wolfgang Wagner

#### 1.1 Ausgangspunkt

In den letzten zwei Jahrzehnten gab es in der Friedens- und Konfliktforschung und den Internationalen Beziehungen (IB) eine umfassende Fokusschiebung hin zur Untersuchung der besonderen Rolle und des Stellenwertes demokratischer Politik.<sup>1</sup> So wird in der Forschung immer häufiger die Kategorie ›Demokratie‹ als unabhängige Variable zur Beantwortung einer steigenden Zahl empirischer Fragen herangezogen, u. a. bei der Bestimmung der Voraussetzung und Ziele von Entwicklung und Good Governance, bei globalen Sicherheitsfragen oder mit Blick auf die Genese internationaler politischer Organisationen und Wirtschaftsinstitutionen.<sup>2</sup> Es handelt sich hierbei um eine Verschiebung im Zusammenhang mit

---

1 In Anlehnung an die innerhalb der deutschsprachigen Politikwissenschaft übliche Schreibweise verwende ich ›Internationale Beziehungen‹ (IB), insofern von der Lehre von den internationalen Beziehungen gesprochen wird. Handelt es sich um den Gegenstand der Lehre selbst, schreibe ich klein, ›internationale Beziehungen‹.

2 Auch in jüngeren Überblicks- und Einführungswerken in die IB spiegelt sich dieser Wandel wider. So beispielsweise Neyer (2013): ›Globale Demokratie – eine zeitgemäße Einführung in die IB‹. Hier werden die friedlichen Beziehungen zwischen demokratischen Staaten zum Ausgangspunkt der Einführung in die IB genommen. Das reicht bis zu dem Vorschlag, vor dem Hintergrund jüngerer Entstaatlichungsprozesse die Disziplin als ›entgrenzte Demokratiewissenschaft‹ zu reformulieren und die ›alte Frage nach Krieg und Frieden‹ mit der ›neue[n] Frage nach dem ›Ort, der Gestalt und den Prozessen grenzüberschreitender Demokratie‹ zu ersetzen (Neyer 2013: 17). Exemplarisch für politiktheoretische Verortungen in den IB: Kreide/Niederberger (2016).

zwei parallel verlaufenden und dennoch eng miteinander verschränkten Entwicklungen: Die eine wird als »demokratische Wende« in der Theorie kommentiert (vgl. Geis/Wagner 2006: 2), die andere lässt sich in Hinblick auf die Demokratie als ein grundlegender normativer Wandel in der Praxis identifizieren.

Der argumentative Kern dieser Verschiebung auf theoretischer Ebene beinhaltet die Annahme eines besonderen Verhaltens von Demokratien auf internationaler Ebene: dass sich die Beziehungen unter Demokratien qualitativ von den Beziehungen unter Nicht-Demokratien unterscheiden. Prominentestes Beispiel und gleichzeitig Ausgangspunkt dieser demokratischen Wende in der Disziplin ist die Forschung zum Demokratischen Frieden (DF).<sup>3</sup> Die DF-Forschung setzt bei dem im internationalen System vergleichsweise auffälligen Gewaltverhalten von Demokratien an: Demokratien führen gegen Nichtdemokratien Krieg, in der Regel jedoch nicht untereinander. In Forschung und Praxis weckte dieser Befund die Hoffnung, dass externe Demokratisierung eine wirksame Strategie zur Friedenssicherung sein könne. Theoretisch begründet wurde diese Hoffnung mit der Hypothese, dass Demokratien untereinander keine Kriege führen, gerade weil sie Demokratien sind. Ihre politische Kultur friedlicher Konfliktbeilegung sowie ihre institutionellen Gegebenheiten wirkten gewalthemmend auch im Agieren der Demokratien nach außen. Diese Annahme impliziert, Demokratien seien grundsätzlich friedfertiger als andere politische Regime. Statistisch gesehen sind Demokratien jedoch vergleichbar häufig in militärische Auseinandersetzungen involviert wie Staaten eines anderen Herrschaftstyps untereinander (vgl. Russett 1993; Risse-Kappen 1994; Henderson 2002; Reiter/Stam 2002).<sup>4</sup> Über die empirische Aussage, dass Demokratien gegeneinander keine Kriege führen, herrscht in den Internationalen Beziehungen hingegen nahezu Einigkeit. Diese Auffälligkeit demo-

---

3 »Demokratischer Frieden« (wie später auch »Demokratischer Krieg«) schreibe ich im Folgenden groß, um auf dessen konzeptuellen Charakter zu verweisen, sowohl als theoretisches Konstrukt mit Blick auf die Erklärungsansätze als auch als politisches Konstrukt in Hinblick auf die politische Praxis.

4 Die Theorieansätze zum Demokratischen Frieden liegen in zwei Versionen vor. Die monadische Version geht davon aus, dass Demokratien grundsätzlich eine geringere Neigung zur Anwendung militärischer Gewalt haben als andere Herrschaftsformen (Czempiel 1996; Mesquita/Lalman 1992). Die dyadische Variante beruht auf der These, dass Demokratien lediglich gegeneinander keine Kriege führen (Maoz/Russett 1993; Risse-Kappen 1994). Zur Diskussion dieser Ansätze siehe: Abschnitt 3.1.

kratischen Außenverhaltens im internationalen System, der sogenannte empirische Doppelbefund, bedarf noch immer theoretischer Erklärung.

Trotz ihrer Beschränktheit auf die Beziehungen zwischen etablierten Demokratien gewann die Annahme einer besonderen Friedfertigkeit demokratischer Staaten – und in einem weiteren Sinne Demokratie verstanden als Motor für positive Entwicklungen im internationalen System – große Popularität. Die Gründe für diesen Erfolg des DF werden unterschiedlich bewertet. Er kann jedoch als einer der Hauptaspekte der hier angesprochenen demokratischen Wende betrachtet werden. Zu diesen gehören *erstens* die Ausdifferenzierung der DF-Theorien zu einem umfassenden Forschungsprogramm als »democratic distinctiveness programme« (Owen 2004: 605); *zweitens* die Wiederbelebung bereits abgekühlter Debatten, deren Reformulierung als Alternative zu realistischen Positionen im Paradigmenstreit zwischen Idealismus und (Neo-)Realismus sowie ein Wiedererstarben liberaler Ansätze in diesem Zusammenhang<sup>5</sup>; und *drittens* die Hegemonialisierung und die Universalisierung »demokratischer Besonderheit« im Rahmen der Ausweitung des Konzepts auf andere Gegenstandsbereiche bei gleichzeitiger Umstrittenheit von deren Gehalt und Ursachen (vgl. Wagner 2007: 13).

Parallel hierzu lassen sich seit 1990 eine Reihe an Veränderungen beobachten, die auf eine normative Wende in Hinblick auf die Rolle und den Stellenwert von ›Demokratie‹ in der internationalen Politik verweisen. Diese Wende ist in verschiedenen miteinander verknüpften Bereichen angesiedelt und betrifft zum einen die Etablierung von Demokratisierung als außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitisches Paradigma westlicher Demokratien im Rahmen einer »global liberal governance« (Duffield 2001: 15; Dillon/Reid 2001). Sie betrifft zum anderen die Tendenzen hin zu einem Normwandel bezüglich der völkerrechtlichen Vorstellungen von

---

5 Verwiesen sei an dieser Stelle auch auf die Debatte um den sogenannten ›neuen Liberalismus‹. Unter diesem Etikett (mit allen Einschränkungen des Attributes ›neu‹ sowie der Schwierigkeit einer Abgrenzung von den unter ›Neoliberalismus‹ diskutierten sozioökonomischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte) werden in den letzten 30 Jahren entwickelte Ansätze versammelt, die zum einen in innergesellschaftlichen Präferenzbildungsprozessen das entscheidende Erklärungsmoment für internationale Politik sehen (vgl. Schieder 2006) und die sich zum anderen durch eine (Wieder-)Aneignung der Kantischen Friedensidee als genuin liberale Idee ausweisen (vgl. Eberl 2008). In der Selbstbezeichnung findet sich der Begriff ›neuer Liberalismus‹ bei Moravcsik (1997) als ein ›nicht-utopisches‹ und ›nicht-ideologisches‹ Forschungsprogramm (basierend auf dem von Levy 1988 als »einziges Gesetz der IB« gepriesenem DF-Befund), welches das gegenwärtige liberale Paradigma vor allem in den US-amerikanischen IB geprägt hat.

staatlicher Souveränität, wesentlich verbunden mit einer Schwächung des Gleichheitspostulats und des Nichteingriffsgebotes nach Artikel 2.7 der Charta der Vereinten Nationen (UN-Charta 1945) sowie die seit einigen Jahren verstärkt geführten Diskurse zu humanitären Interventionen, bis hin zu einem »Recht auf Demokratie« (Franck 1992; Reismann 2000).<sup>6</sup> Sie schließt ebenfalls die im Zusammenhang mit der These ›neuer Kriege‹ vorgebrachten Bedrohungsszenarien und die daraus abgeleiteten Interventionsimperative ein (Schlichte 2006; 2008) sowie den Paradigmenwechsel von einer reaktiven Sicherheitspolitik zu einer proaktiven Risikopolitik (Daase 2002), wie er in den Präventivdoktrinen der nationalen Sicherheitsstrategien der USA von 2002 und 2006 vertreten wird (vgl. White House 2002; 2006).

Das verbindende Moment dieser Entwicklungen ist der legitimierende Bezug auf die DF-Theorien und die Ergebnisse der demokratiezentrierten Forschungsunternehmen. Jener verweist auf eine Verschärfung der Idee eines »Demokratischen Friedens in Praxis« (Geis/Wolff 2007: 181) – eine Verschärfung, die letztlich dazu beiträgt, Krieg »als Mittel der Politik zu rehabilitieren und das Spektrum möglicher Militäreinsätze zu erweitern« (Brock 2006 a: 100).<sup>7</sup> Eine Rolle spielen hier auch veränderte Voraussetzungen für militärisches Eingreifen durch militärtechnische Innovationen sowie die fortschreitende Kommerzialisierung und Privatisierung militäri-

---

6 So auch innerhalb der Vereinten Nationen: 1999/57 »promotion of the right of democracy« vom 28.04.1999 (U.N. Doc E/CN.4/RES/1999/57) und 2000/47 »promoting and consolidation of democracy vom 25.04.2000 (U.N. Doc E/CN.4/RES/2000/47). Die theoretische Debatte hierzu ist inzwischen recht umfangreich: z. B. Forst (2007), Cohen (2008), Benhabib (2011); als prominenten Kritiker eines Rechts auf Demokratie vgl. Cohen (2010).

7 So stand zu Beginn der 1990er Jahre zumindest noch das Verhältnis von Demokratie und Frieden im Mittelpunkt internationaler politischer Agenden: Margaret Thatcher wies 1990 auf den Umstand hin, dass Demokratien keine Kriege miteinander führten. James Baker, Staatssekretär in der Administration George H. Bushs, verkündete 1992: »Real democracies do not go to war with one another« (Economist 1995: 19, zit. in: Gleditsch u. a. 2007: 16). 1994 erklärte Bill Clinton in seiner Ansprache zur Lage der Nation: »The best strategy to ensure our security and to build a durable peace is to support the advance of democracy elsewhere. Democracies don't attack each other« (Clinton 1994). Spätestens mit George W. Bushs Antrittsrede nach seiner Wiederwahl 2005 erscheint die Verknüpfung von Demokratischem Frieden und militärischen Interventionen als selbstverständlich: »It is the policy of the United States to seek and support the growth of democratic movements and institutions in every nation and culture [...] This is not primarily the task of arms, though we will defend ourselves and our friends by force of arms when necessary« (Bush 2005).

scher Sicherheit, die ihrerseits die moralischen und politischen Kosten-Nutzen-Kalküle von Demokratien beeinflussen (vgl. Chojnacki 2006 b: 66). Nicht zu vernachlässigen sind zudem die Normalisierungsprozesse in Bezug auf den Einsatz militärischer Mittel, die sich sowohl in militärpolitischer Hinsicht, in akademischen Debatten als auch in öffentlichen Diskursen verfolgen lassen (vgl. Münkler 2009: 91).

Der gegenwärtige empirische Forschungsstand bescheinigt Demokratien eine auffällige Neigung zu einem bestimmten Konflikttyp – der Intervention in bereits laufende Konflikte – und verzeichnet hierfür eine Zunahme seit Ende des Ost-West-Konfliktes (vgl. Chojnacki 2004 a; 2006 a). Auch wurde in diesem Zeitraum die Mehrheit der Militäreinsätze, an denen Demokratien beteiligt waren, mit dem offiziellen Ziel der Durchsetzung explizit demokratischer Normen bzw. des Schutzes substantieller menschenrechtlicher Normen begründet und geführt. Bisherige empirische Befunde legen daher die Vermutung nahe, dass die Wahrscheinlichkeit normerzwingender Kriege<sup>8</sup> unter Beteiligung von Demokratien in naher Zukunft steigt (vgl. Chojnacki/Deitelhoff 2005: 5). Bisher fehlt es jedoch an einem zufriedenstellenden Erklärungsansatz für das behauptete Verlangen nach Normdurchsetzung seitens Demokratien. Die systematische Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Gewaltverhalten von Demokratien stellt daher sowohl in theoretischer als auch in praktisch-politischer Hinsicht eine dringende Herausforderung dar.

Vor dem Hintergrund der Zunahme von Interventionen demokratisch verfasster Staaten seit Beginn der 1990er Jahre stieg auch das akademische Interesse an der Untersuchung militärischer Gewaltanwendung durch Demokratien.<sup>9</sup> Als Antwort auf die Erklärungsdefizite der DF-Theorien entstanden Ansätze, die von einer demokratiespezifischen Neigung zur Anwendung militärischer Gewalt ausgehen. Sie lassen sich unter der Bezeichnung »demokratiespezifische Gewaltforschung« (vgl. Geis 2006 b: 280), kurz DGF, zusammenfassen. Angesprochen sind hiermit diejenigen Ansätze, die sich den gewaltsamen Seiten des Außenverhaltens demokratischer Staaten widmen und von der Annahme ausgehen, dass dessen Erklärung wesentlich in der demokratischen Verfasstheit dieser Staaten selbst zu fin-

---

8 Bezeichnung in Anlehnung an Brock (2004: 14). Dieser spricht von »Erzwingungskriegen« in den Fällen, in denen mit Hilfe fragwürdiger Interpretationen oder unter Missachtung prozeduraler Normen des Völkerrechts gewaltsam substantielle Normen durchgesetzt werden sollen.

9 Siehe u. a. Henderson (2002), Chojnacki (2004 a, 2006a/b), Freedman (2005), Vasquez (2005), Gleditsch u. a. (2007). Eine detaillierte Darstellung der vielfältigen Befunde in Kapitel 3 und 4.

den ist. Demokratie wird also als unabhängige Variable bestimmt (Doyle 1983 a, 1983 b; Owen 1997, 2004; Daase 2004; Geis u. a. 2007 a,b; 2013).

In dieser Studie wird zudem zwischen einer DGF im engeren Sinne und einer DGF im weiteren Sinne unterschieden. Erstere bezeichnet diejenigen Ansätze, die davon ausgehen, dass es dieselben Gründe und Mechanismen sind, die sowohl friedliche als auch gewaltsame Seiten demokratischen Außenverhaltens erklären. Mit einer DGF in einem weiteren Sinne sind Ansätze benannt, die sich mit gewaltsamen Aspekten demokratischer Transformationsprozesse beschäftigen, des Weiteren Studien zu externer Demokratieförderung und den Besonderheiten demokratischer Kriegsführung.<sup>10</sup> Die Frage nach den Besonderheiten der Beteiligung von Demokratien an Kriegen ist dabei als ein »integraler Bestandteil« der gegenwärtigen Debatte um eine Weiterentwicklung der DF-Theorie zu verstehen (vgl. Niemann 2008: 5).

Der gegenwärtig weitreichendste Ansatz zur Erklärung des empirischen Doppelbefundes aus demokratiespezifischer Perspektive ist der »Frankfurter Ansatz«. Der Frankfurter Ansatz reagiert auf die Kritik am DF, gegenüber den gewaltsamen Seiten demokratischen Außenverhaltens ignorant zu sein und folgt jüngeren Forderungen (vgl. Hobson 2011 a,b) nach einem reflexiven und pluralistischen Forschungsprogramm. Er wird daher im Mittelpunkt dieser Studie stehen.<sup>11</sup> Mit der Bezeichnung Frankfurter Ansatz beziehe ich mich auf die Berichte und die Arbeiten aus dem Umfeld des Forschungsprogramms »Antinomien des demokratischen Friedens« an der *Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)* in Frankfurt am Main.<sup>12</sup> Die gewaltsamen Seiten des Demokratischen Friedens werden dort unter Berücksichtigung normativer Aspekte demokrati-

---

10 Vgl. u. a. Gleditsch u. a. (2007); Merkel (2008); sowie Untersuchungen zum Gewaltverhalten von Demokratien und Einsatz privater Sicherheitsfirmen: Chojnacki (2004 a, 2006a/b), Chojnacki/Deitelhoff (2005). Zu unterscheiden hiervon sind Kritiker\_innen des DF und des »liberal peace« wie Barkawi/Laffey (2001) oder Hobson (2008, 2011a/b), da diese nicht von einer demokratiespezifischen Neigung zur Anwendung von Gewalt ausgehen, sondern das dahinterstehende Herrschaftsprojekt in den Blick nehmen.

11 Dieser Entscheidung geht eine Auseinandersetzung mit dem Erklärungsgehalt unterschiedlicher Theorieschulen der Internationalen Beziehungen bezüglich des Doppelbefundes voraus, die zu dem Ergebnis führte, dass der Erklärungskraft in theoretischer Hinsicht sowohl (neo-)realistischer, (imperialismus-)kritischer als auch liberaler Ansätze Grenzen gesetzt sind (vgl. Waldow 2008, ein Teil des Arguments findet sich in Geis/Wolf 2007), vgl. auch: Kapitel 4.

12 Die Bezeichnung ergibt sich jedoch nicht nur aufgrund des geographischen Hintergrunds der *HSFK*. Theoriebildung und Forschungsansatz können innerhalb

scher Außenpolitik im Rahmen einer Theorie des Demokratischen Krieges (DK) konzeptualisiert. In der Weiterentwicklung demokratiezentrierter Perspektiven untersucht die DK-Theorie demokratieinhärente bzw. liberale Kontexte für die Anwendung von Gewalt. Es gibt demnach Gründe für äußere Gewaltanwendung, die für Demokratien, aber nicht für Nichtdemokratien typisch sind (Daase 2004). Sie zeigen sich in spezifischen Anreizen zum Einsatz militärischer Mittel, speziellen Legitimationsmustern, mit liberalen Weltbildern korrespondierenden Bedrohungsvorstellungen und spezifischen Arten der Kriegsführung (vgl. Geis u. a. 2007 b: 71 f.).

Grundlage dieser These ist die im Wesentlichen mit Verweis auf die politische- bzw. Rechtsphilosophie Immanuel Kants begründete Annahme einer fundamentalen Ambivalenz des Liberalismus. Sie besagt, dass sich für liberale Demokratien *a priori* die gleiche Legitimität sowohl einer pazifistischen Position als auch einer militanten Position ableiten lasse (Müller 2006: 241).<sup>13</sup> Sowohl der empirische Doppelbefund, also das ambivalente Außenverhalten von Demokratien, als auch die Varianzen in deren Außenverhalten werden damit zurückgeführt auf die strukturierenden Wirkungen von liberal-demokratischer politischer Kultur und ambivalenter liberaler Ideologie (Müller 2007; Müller/Wolff 2006).

---

der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung durchaus als ›Schule‹ bezeichnet werden. Diese verortet sich selbst einerseits in der Tradition der Kritischen Theorie der ›Frankfurter Schule‹, andererseits in einer Wiederaufnahme der politischen bzw. der Rechtsphilosophie Immanuel Kants. Hinzu kommt der Bezug auf frühere DF-Ansätze und ihre Kritiker (u. a. Doyle 1983a/b; Risse-Kappen 1994; Owen 1997; Barkawi/Laffey 2001; Daase 2004), auf Studien zu militärischer Effizienz von Demokratien (Reiter/Stam 2002; Desch 2002; Brooks 2003); Merkmalen demokratischer Kriegsführung (Ward/Gleditsch 1998; O'Hanlon 2000; Shaw 2005) und zu Ambivalenzen in demokratischen Transitionsprozessen (Hegre u. a. 2001; Mansfield/Snyder 2005; Mann 2005). Der Bezug auf Frankfurt soll daher nicht unterschlagen, dass auch anderweitig institutionalisierte Forscher\_innen zur Untersuchung demokratiespezifischer Gewalt beitragen (u. a. Sven Chojnacki, Christopher Daase oder Michael Zürn). Jene bauen jedoch nicht substantiell auf dem antinomischen Ansatz auf. Als Schlüssel- bzw. Referenztexte für einen gemeinsamen Ansatz betrachte ich daher: (Müller 2004); Brock u. a. (2006); Brock (2006 a,b); Müller/Wolff (2006); Müller (2006), (2007); Brock (2007) sowie besonders Geis u. a. (2007 a), (2007 b), (2013).

- 13 Bezugspunkt sind hier Kants Überlegungen zur Figur des ›ungerechten Feindes‹ in der *Metaphysik der Sitten* (*MdS* § 60: 473) und die Annahme, dass obwohl Krieg unter Bedingungen des Rechts nicht zu rechtfertigen ist, er gegenüber einem Akteur, dessen Maximen jeglicher Rechtsentwicklung grundsätzlich entgegenstehen, sogar geboten sein könne. Siehe hierzu die Diskussion in Kapitel 6.

Die These einer demokratiespezifischen Neigung zur Anwendung von Gewalt ist jedoch sowohl in systematischer als auch in empirischer Hinsicht nicht zufriedenstellend belegt. So lassen die vorliegenden empirischen Befunde Überlegungen dieser Art zwar durchaus plausibel erscheinen, doch können diese erst vor dem Hintergrund weiterer empirischer Forschung, insbesondere der Untersuchung des Gewaltverhaltens von Nichtdemokratien, angemessen bewertet werden. Es bleibt offen, inwiefern nicht jede Ideologie im weitesten Sinne sich auf gesellschaftlich verantwortete Werte und Normen beruft, um den Einsatz militärischer Gewalt zu legitimieren. Eine Frage, deren Beantwortung auch eine Auseinandersetzung auf theoretischer Ebene bedarf, denn letztlich ist sowohl auf empirischer als auch auf begrifflicher Ebene uneindeutig, was genau ›demokratie- bzw. liberalismusspezifische Neigung zur Anwendung von Gewalt‹ bedeutet.

Die Demokratiezentrierung der Forschung ist demnach nicht unproblematisch. Zum einen wirken die Ergebnisse der demokratiezentrierten Ansätze stark in die Praxis hinein. Demokratisierung gilt trotz einer Vielzahl an offenen Fragen als eine zentrale Strategie in den Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitiken westlicher Demokratien und kann den Status eines Paradigmas für sich beanspruchen. Zudem greifen Demokratien seit den 1990er Jahren verstärkt zu militärischen Mitteln, oft mit dem offiziellen Ziel der Durchsetzung demokratischer Normen. Prominente Beispiele hierfür sind der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999, der Krieg in Afghanistan seit 2001, der Krieg in Irak 2003 sowie die Intervention unter NATO-Führung in Libyen 2011. Dies wirft die Frage auf, ob die demokratiezentrierte Forschung nicht einen wesentlichen legitimierenden Beitrag dazu leistet.<sup>14</sup>

Zum anderen trägt diese Fokussierung ungeklärte Probleme des DF in andere Forschungsrichtungen hinein, indem dessen Ergebnisse und Annahmen aufgenommen und zum Ausgangspunkt für die Untersuchung demokratischer Außenpolitik gemacht werden. Dies betrifft nicht zuletzt die Definition der Schlüsselkategorie Demokratie. Die Mehrheit der empirischen Untersuchungen zum Außenverhalten demokratischer Staaten basieren auf gängigen Indizes wie dem *Polity IV* Datensatz oder dem *Freedom-House-Index*. Sie übernehmen damit einen Demokratiebegriff, der sich in

---

14 Empirische Belege für die politische Wirksamkeit der DF-Theorie wurden für verschiedene Einzelfälle bereits erbracht (z. B. für die USA: Smith 2007, Lynch 2009, Parmar 2013; im Kontext völkerrechtlicher Debatten: Geis 2013; für den Diskurs zum DF in Israel und unter der Bush-Regierung in den USA: Ish-Shalom 2008).

institutionellen Beschränkungen und einigen ausgewählten politischen Rechten erschöpft und auf eine rein prozedurale Konzeptualisierung von Demokratie verweist.<sup>15</sup> In seiner normativen Dimension verweist jener wesentlich auf das liberale Paradigma in den IB.<sup>16</sup> Alternative Demokratieverständnisse werden damit von vornherein ausgeschlossen. Von verschiedener Seite ist daher wiederholt auf das Problem der Operationalisierung und der vorausgesetzten Demokratiebegriffe hingewiesen worden (z. B. Owen 1997, Czempiel 1996, Rauch 2005; Ish-Shalom 2006). Kritiker\_innen des DF thematisieren in diesem Zusammenhang vor allem ideologische Effekte, die die Forschung produziert (Barkawi/Laffey 2001; Reus-Smith 2005; Hobson 2008): die Externalisierung von Demokratieförderung, die Dichotomisierung und Hierarchisierung von Staaten in internationalem System und Völkerrecht anhand deren politischer Verfasstheit, die Exklusion und Herabwürdigung des nicht-liberalen ›Anderen‹ in Form liberaler Feindbildkonstruktionen, die Legitimation des Einsatzes normerzwingender militärischer Gewalt zum Zweck von Regimewandel, Menschenrechtsschutz und Terrorbekämpfung, die Legitimation unilateralen Vorgehens bzw. Selbstermächtigung zum Zweck der Normdurchsetzung sowie die Bestimmung der Kriterien legitimer Staatlichkeit im Rahmen liberaler Governance und einem hieraus folgendem Ausschluss alternativer Organisationsformen. Sie fordern die vertiefte Auseinandersetzung mit den ideellen Grundlagen des DF und der Umstrittenheit von dessen zentralen Kategorien ein. Ein Blick auf aktuelle Studien offenbart jedoch, dass es meist bei dem Rückgriff auf die gängigen Datensätze bleibt (u. a. Geis u. a. 2007 a: 13).

Gerade im Zusammenhang mit der Legitimation militärischer Gewalt und einer moralisch und institutionell begründeten Dichotomie von De-

---

15 Der *Polity IV* Datensatz der Universität Uppsala definiert politische Systeme anhand der Kriterien Wettbewerbsintensität in der politischen Beteiligung und in der politischen Führung, Regulierung politischer Partizipation, Wettbewerbsgrad und Offenheit des Prozesses der Rekrutierung von Amtsinhabern sowie Begrenzung der Exekutivgewalt (Marshall/Jagers 2007: 13ff.). Unterschieden werden Autokratien, Anokratien und Demokratien. Siehe: <http://www.systemicpeace.org/polityproject.html>, Zugriff: Februar 2019. Der *Freedom-House-Index* basiert auf Fragen zu politischen Rechten und Bürgerrechten und unterscheidet politische Systeme nach dem Grad ihrer Freiheit (*free, partly-free, not-free*), in: <https://freedomhouse.org/report-types/freedom-world>, Zugriff: Februar 2019. Eine genauere Diskussion der normativen Implikationen der Verwendung der Indizes in der DGF siehe: Abschnitte 6.1 sowie 6.4.2.

16 Zur Unterscheidung der IB-Theorieschulen nach Paradigmen u. a. Menzel (2004); Schieder/Spindler (2006); List (2006); Krell (2009).

mokratien und Nicht-Demokratien im internationalen System wird die kritische Analyse der Demokratiekonzepte, die der DGF zugrunde liegen, eine dringende Aufgabe. Der besondere Stellenwert von Demokratie als universell verstandener Norm (vgl. Daase 2004: 63) und der mit ihr verbundene Rechtfertigungscharakter fragwürdiger politischer Praktiken legt dabei eine demokratiethoretische Auseinandersetzung nahe. Innerhalb der DGF wächst zwar das Bewusstsein für die Relevanz einer solchen Debatte und für den umstrittenen Charakter von Demokratie als politisches Konzept (vgl. Geis/Wagner 2006), bisher liegen jedoch keine Arbeiten vor, die diesen Umstand umfassend systematisch berücksichtigen.<sup>17</sup>

## 1.2 Anliegen der Arbeit

Das vorliegende Buch leistet einen Beitrag zu dieser Auseinandersetzung. Es verfolgt das Ziel einer kritischen Revision aktueller Ansätze der DGF. Hierfür werden die Ansätze der DGF als Teil der grundlegenden Fokusverschiebung in den IB hin zu einer besonderen Bewertung der Bedeutung von Demokratie für Problemstellungen internationaler Politik verortet. Anhand der Analyse ihrer ideellen Voraussetzungen und ihres zentralen Paradigmas, der liberalen Demokratie, wird gezeigt, dass die DGF trotz ihrer vorwiegend kritischen Agenda eine Reihe der ideologischen Effekte des DF reproduziert. Die DGF, so die These dieser Studie, wird damit ihrem eigenen kritischen Anspruch nicht gerecht. Sie widmet sich zwar den gewaltsamen Seiten demokratischer Außenpolitik und zielt mit der Entwicklung eines ambivalenteren Forschungsnarratives auf eine Kontextualisierung der ideologischen Effekte, die mit dem DF assoziiert werden. Dafür baut sie jedoch auf zentralen Annahmen des DF auf und übernimmt die dort üblichen Demokratiekonzeptionen. Hieraus ergibt sich die zentrale Fragestellung dieses Buchs: *Entfaltet die DGF mit der Übernahme des selben Demokratiebegriffes und ihrer Rückkopplung an die liberale DF-Forschung trotz ihres kritischen Anspruches ähnliche ideologische Effekte?*

Die vorliegende Untersuchung widmet sich der Beantwortung dieser Frage auf drei Ebenen: zum einen anhand der auf den Annahmen der DF-

---

17 Ansätze hierzu finden sich bei Czempiel (1996), Jahn (2005), Ish-Shalom (2006), Liste (2007) und Eberl (2008). Es fehlt jedoch an einer übergreifenden begriffsorientierten Untersuchung des Zusammenhangs der ideologischen Effekte mit der unkritischen Verwendung des Begriffs Demokratie. Am nächsten kommt dem Hobson (2008).

Forschung aufbauenden Kausalmechanismen, die die DGF für demokratisches Außenverhalten beschreibt (Kapitel 4), zweitens anhand des der DGF zugrundeliegenden Verständnisses von Demokratie (Kapitel 5) und schließlich anhand der auf ihrer problematischen Aneignung von Kants politischer und Rechtsphilosophie beruhenden These einer Fundamental-Ambivalenz liberaler Ideologie (Kapitel 6). Sie geht von der Annahme aus, dass die DGF einer systematischen Verengung ihrer grundlegenden Prämissen unterliegt, was sich vor allem anhand einer Analyse deren zentraler Schlüsselkategorie ›Demokratie‹ erweist. Die Ausarbeitung wird zeigen, dass ein Zusammenhang zwischen vorausgesetztem Demokratiekonzept und politischen Handlungslogiken in Bezug auf die Konstituierung von Selbst- und Fremdbildern besteht, die hinsichtlich der Anwendung von Gewalt relevant sind. Gleichzeitig legt die Untersuchung die Naturalisierung und die Dominanz eines bestimmten Konzepts von Demokratie offen – das der liberalen Demokratie – wie es bisher auch für die DF-Forschung bestimmend ist.

In methodischer Hinsicht bedarf es hierfür eines begriffsorientierten Zuganges, der demokratietheoretische Perspektiven aufnimmt, indem er den Fokus auf die vor allem in kritischen Ansätzen wiederkehrend ange-mahnte Anforderung der Umstrittenheit von Demokratie als politisches Konzept richtet. Da Inhalt und Methode in einem solchen Ansatz eng miteinander verbunden sind, wird dessen theoretischen Vorannahmen ein eigenes Kapitel gewidmet (Kapitel 2). Erst auf konzeptueller Ebene können die ideellen Voraussetzungen der DGF hinterfragt und gleichzeitig in einem ideologiekritischen Sinne deren produktiven Effekte explizit gemacht werden. Zusätzlich wird der Blick darauf gerichtet, welche Konsequenzen dies für die Theoretisierung von Demokratie selbst hat.

Die Arbeit richtet sich damit auch an die IB in einem weiteren Sinne.<sup>18</sup> Anhand des Beispiels der DGF zielt sie auf die Beschäftigung mit den Grundlagen und Konsequenzen einer die Disziplin in weiten Teilen betreffenden Demokratiezentrierung, die sich jedoch gleichzeitig auf ein bestimmtes Demokratiekonzept beschränkt. Indem sie die bisher als kritischen Kommentar wahrgenommenen Ansätze der DGF als Teil des *democratic distinctiveness programme* verortet und daraufhin einer gemeinsamen

---

18 Mit ihrem begrifflich orientierten Forschungsmodus und ihrem Interesse an normativen Fragen steht sie zudem besonders einer sich jüngst entwickelnden Internationalen Politischen Theorie (IPT) nahe. Zur Diskussion deren Inhaltsbestimmung, Aufgaben und Platz im Verhältnis zu den IB: u. a. Hidalgo 2008: 169; Nielsen 2011: 267ff.; sowie: Kreide/Niederberger 2016).

Revision mit der DF-Forschung unterzieht, weist diese Arbeit über bisher vorliegende Studien hinaus. So unternimmt sie mit ihrem interdisziplinären begriffsorientierten Ansatz eine sowohl methodische als auch konzeptuelle Ausweitung. Sie koppelt ihr Argument an gegenwärtige Fragen der Demokratietheorie zurück und zeichnet die dort geäußerte Klage über den Verlust des demokratischen Versprechens in Theorie und Praxis (Buchstein 2013; Jörke 2011) in der Wissensproduktion der IB nach. Es ist davon auszugehen, dass letztlich mit der Hegemonie der Demokratie bzw. mit der Proliferation demokratiezentrierter Forschungsunternehmen, die Demokratie – der ›demokratische Gehalt‹ des Konzepts – selbst in den Hintergrund gerät. Damit bleibt die DGF jedoch deutlich hinter dem Stand aktueller demokratietheoretischer Überlegungen.

Erst mit dem Verweis auf die normative Dimension, die sich mit dem Selbstverständnis verbindet, liberale IB-Theorie zu betreiben, auch wenn sie sich kritisch verortet, kann deren politische Dimension erfasst werden, die eine wesentliche Basis für die ideologisch produktiven Effekte von DF und DGF darstellt. Die Aufarbeitung wird zeigen, dass es in den Erklärungsansätzen demokratischer Außenpolitik wesentlich um die grundlegende Frage nach der zukünftigen Gestaltung globaler politischer Ordnung geht. Damit wächst jedoch das Interesse an der den zur Untersuchung stehenden Ansätzen unterliegenden politischen Rationalität. Wird diese explizit gemacht, bietet sich auch der in normativer Hinsicht interessante Ansatzpunkt für eine kritische Bewertung des mit der Forschung implizit formulierten politischen Projektes.

### 1.3 Gespräche – Verortung im Forschungsstand

Die Studie steht damit im Kontext der Diskussion über Ambivalenzen und Dilemmata liberal-demokratischer Außenpolitik. Sie teilt ihr Anliegen mit einer Reihe an ideologiekritischen Untersuchungen zum DF, nimmt jedoch eine Erweiterung auf die kritische Diskussion derjenigen Ansätze vor, die sich der Analyse der »Schattenseiten des Demokratischen Friedens« (Geis u. a. 2007) widmen. Auf einige der für diese Studie sowohl in inhaltlicher als auch methodischer Hinsicht besonders interessanten Ansätze möchte ich an dieser Stelle genauer verweisen.

Piki Ish-Shaloms Untersuchungen zur Wirkung des DF sind für diese Studie insofern bedeutsam, als er sich für die Beziehungen zwischen DF-Theorie und außenpolitischer Praxis interessiert und dafür die konzeptuellen Grundlagen des DF in den Blick nimmt. Die Basis hierfür ist sein Mo-

dell des hermeneutischen Mechanismus (Ish-Shalom 2006; 2011). Dieses beschreibt die interne Struktur von Theorien als Anordnung von politischen Konzepten, die sich gegenseitig Bedeutung verleihen. Sie sind daher als theoretische Konstrukte zu verstehen, die gehaltvolle politische Konzepte bereitstellen und damit auf bestimmte Handlungsoptionen verweisen (Ish-Shalom 2006: 569). Um zu politischen Handlungen motivieren zu können, bedarf es jedoch ihrer Migration aus dem akademischen in den politischen Diskurs. Ish-Shalom versteht diesen Vorgang als eine Transformation von theoretischen Konstrukten zu öffentlichen Konventionen, die gleichzeitig mit Metamorphosen der Theorien einhergeht (ebd.: 572). Auf dieser Basis wendet sich Ish-Shalom den beiden Konzepten zu, die in den jeweiligen DF-Theorien die zentrale bedeutungszuweisende Rolle spielen: Demokratie und Frieden. Er zeigt, dass diese sich je nach deren inhaltlicher Bestimmung nicht nur in unterschiedlicher Weise aufeinander beziehen, sondern auch, dass die verschiedenen Bedeutungszuweisungen jeweils unterschiedliche politische Praxen begründen.

Auf dem Gedanken des besonderen Stellenwerts bedeutungsweisender Konzepte in Theorien und Ideologien baut auch die vorliegende Studie auf. Anders als bei Ish-Shalom liegt der Schwerpunkt dieser Untersuchung jedoch auf der Analyse kritischer Ansätze zum DF. Zudem betrachte ich die ideologischen Effekte von DF und DK nicht erst als Resultat ihrer Trivialisierung durch ihre Übersetzung der Theorie in politische Praxis (»misrepresentation«, Ish-Shalom 2008: 680), sondern gehe davon aus, dass diese bereits in deren konzeptuellen Grundlagen angelegt sind. Dies äußert sich auch in den methodologischen Überlegungen dieser Studie. Im Unterschied zu Ish-Shalom nehmen diese die grundsätzliche Umstrittenheit politischer Konzepte zum Ausgangspunkt und betonen damit deren begriffspolitische Dimension innerhalb von Theorien. Ish-Shalom beantwortet überdies die Frage nach der Bedeutung öffentlicher Konventionen für die DF-Theorie selbst nicht zufriedenstellend, also die Frage ihrer Rückwirkungen auf die Theorie. Dies soll zwar im Rahmen einer empirischen Studie auch dieses Projekt nicht leisten, doch bietet es zumindest konzeptuelle Gründe für eine Skepsis gegenüber Ish-Shaloms »democratic imperative« an.<sup>19</sup>

---

19 Die Bezeichnung *democratic imperative* verweist auf die Verantwortung von Forscher\_innen für die politischen ›Schicksale‹ ihrer Theorien, verbunden mit der konkreten Forderung nach aktiver Einmischung in gesellschaftliche Debatten, die sich jedoch erst auf die nicht-theorieimmanenten Aspekte der Politisierung bezieht (Ish-Shalom 2008: 680; inzwischen relativierter in Ish-Shalom 2009). Der

Die bisher detaillierteste Studie zu Demokratiekonzepten im Kontext ihrer Umstrittenheit stellt Milja Kurki demokratietheoretisch rückgebundene Analyse zu konzeptuellen Grundlagen gegenwärtiger Demokratieförderungspraxen dar (Kurki 2010). Mit Kurki teilt diese Untersuchung die Diagnose der Dominanz liberaler Demokratiekonzepte und die Notwendigkeit, die Umstrittenheit von Demokratie als politisches Konzept ernstzunehmen. Kurki stellt an die gegenwärtige Demokratieförderung die Frage, die diese Studie an die DGF richtet: Inwiefern sollten alternative Demokratie Modelle im Rahmen der Analyse eine systematische Rolle spielen? Kurki Analyse gegenwärtiger Ansätze der Demokratieförderung und Demokratisierung zeigt, dass diese sich zwar einer liberalen Rhetorik bedienen, die Streit und Wettbewerb von Ideen im Grunde begrüßt, aber argumentativ letztlich innerhalb des Rahmens eines »liberal-demokratischen Hintergrunddiskurses« bzw. eines »liberalen Konsenses« verbleiben (Kurki 2010: 372). Damit ist jedoch gleichzeitig ein partikularer Rahmen dafür gesetzt, wie gesellschaftliche Strukturen und Machtbeziehungen verstanden und legitimiert werden, obwohl ein umfangreicher und vielseitiger Bestand an alternativen Deutungen und Praktiken, der über das liberale Paradigma hinaus weisen würde, zur Verfügung steht. Diese Diagnose, so wird die vorliegende Untersuchung zeigen, gilt auch für die DGF. Kurki verknüpft ihre Analyse zudem mit demokratietheoretischen Überlegungen (Kurki 2013). Während ihre an der vergleichenden Politikforschung orientierte Studie sich besonders für die konzeptuelle Verknüpfung von Demokratie Modellen mit politökonomischen Dynamiken »in the minds of ac-

---

*democratic imperative* impliziert letztlich eine Trennung und die Auslagerung der Verantwortung der Wissenschaftler\_innen in die politische Debatte und macht ideologiekritische Arbeit, im Sinne immanenter Kritik, obsolet, indem sie Wissensproduktion und Instrumentalisierung dieses Wissens als einen Zusammenhang darstellt, der sich erst durch einen sozio-politischen Prozess entfalte. Stattdessen beziehe ich mich direkt auf das Wissen, das produziert wird sowie auf die hierin angelegten Widersprüche, problematischen Konsequenzen und abzuleitenden Handlungslogiken. Ich gehe davon aus, dass es nicht erst die nachträgliche Instrumentalisierung ist, die hier Aufschluss gibt, sondern schon die Anlage der Theorie. Damit wird auch die Forderung einer Politisierung bereits im Kontext der Theoriebildung verortet, also die Konfigurierung »ent-umstrittener« Konzepte in theoretischen Konstruktionen selbst schon als politischer Akt betrachtet. Demnach ist auch der »theoretician-citizen«, den Ish-Shalom in Anlehnung an Gramscis organischen Intellektuellen vorstellt (Ish-Shalom 2008: 690), zwar ein willkommener Einbezug demokratietheoretischer (deliberativer und partizipatorischer) Überlegungen, geht aber an der eigentlichen Herausforderung für Theoretiker\_innen vorbei.

tors« (ebd.: 13) interessiert, geht diese Untersuchung begriffsorientiert vor, um eine Annäherung an die politische Rationalität zu ermöglichen, die sich in den Ansätzen der DGF bezüglich des Verhältnisses von Demokratie und militärischer Gewalt offenbart.

Christopher Hobson widmet sich der DF-Theorie aus hegemonietheoretischer Perspektive und steht dem Anliegen dieses Projekts vor allem durch die Problematisierung der gewaltsamen Seiten des DF nahe (2008; 2011 a). Auch er identifiziert in Theorie und Praxis des DF einen definitorischen Konsens in Hinblick auf die liberale Demokratie, der deren historische und normative Umstrittenheit ausblendet und letztlich hegemonialen Charakter hat (Hobson 2011 a: 1908). Der hegemonietheoretische Ansatz ermöglicht es Hobson, sowohl die Naturalisierung und die Universalisierung liberaler Demokratiemodelle in der gegenwärtigen Demokratieförderpraxis als ›Demokratie‹ in einer verallgemeinerten Form als auch daraus resultierende Ausschlussmechanismen nachzuvollziehen und gleichzeitig die Rolle der DF-Theorie bei dieser Festschreibung zu beleuchten (Hobson 2008). Hobson zeigt, in welcher Weise Demokratie als normativer Standard produktiv für die Bestimmung legitimer Staatlichkeit und eine hierarchische Strukturierung der internationalen Beziehungen nach Demokratien und Nicht-Demokratien wird (ebd.: 88). Er kommt zu dem auch demokratietheoretisch bedeutsamen Schluss, dass mit der Postulierung der liberalen Demokratie als einzig legitimer Form staatlicher Herrschaft das emanzipatorische Potential des Demokratiebegriffs eingehegt wird. So diagnostiziert Hobson eine begriffliche Spannung zwischen einer Demokratie, die »von unten« eingefordert wird und einer Demokratie »von oben«, also einerseits der emanzipatorischen Intention und andererseits militärischen Unternehmungen, motiviert und begründet im Namen der Demokratie (ebd.: 76). Dies liefert wichtige Hinweise für die Kriterien, denen sich Ansätze, die in einem kritischen Selbstverständnis operieren, stellen müssen (vgl. Abschnitte 5.2 und 5.3). Während Hobsons Zielsetzung in einer Erweiterung des DF durch die Entwicklung einer kritischen Theorie des DF liegt, unternimmt die vorliegende Studie in ihrer Anlage eine Vertiefung in Hinblick auf die konzeptuellen Aspekte der von ihm diagnostizierten Spannungen und wendet diese schließlich auf die Perspektiven der DGF an.

Ihre Ausgangspunkte bezüglich der Ansprüche an und die Möglichkeiten von Ideologiekritik sowie das Interesse für die Hintergründe der gegenwärtig so populären Kant-Aneignung in den IB, die schließlich auch die DGF betrifft, verbindet diese Studie mit Oliver Eberls umfassender Diskussion der aktuellen Rezeption von Immanuel Kants Friedensschrift in poli-

tischer Philosophie, IB und Völkerrechtslehre (Eberl 2008). Eberls kritische Kant-Lektüre zeigt, wie aufschlussreich der Beitrag politischer Theorie für den Nachvollzug der ideologischen Effekte des DF sein kann. Seine These von einem Zusammenhang zwischen der liberalen Neubelebung in der Disziplin und dem Rückgriff auf Kant (ebd.: 92ff.) bietet einen analytischen Rahmen für die Frage, ob die ideologischen Effekte, die aus der Kant-Lesart des sogenannten neuen Liberalismus resultieren, nicht auch in der DGF reproduziert werden. So teilt die Untersuchung Eberls Kritik an der Vereinnahmung Kants für eine interventionistische Aufweichung des Souveränitätsprinzips. Im Gegensatz zu Eberl, dessen Auseinandersetzung wesentlich auf eine Rehabilitation Kants abzielt, verhandelt diese Studie die Bezugnahme der DGF auf Kant als ein Element neben anderen, an dem die ideologischen Effekte des ›liberal-demokratischen Konsenses‹ hinsichtlich der Konzeptionen von Demokratie und Liberalismus auch für die DGF sichtbar werden.

Beate Jahns Arbeiten zum liberalen Internationalismus sind für diese Studie aus zwei Gründen relevant (Jahn 2005; 2013). Wie Oliver Eberls Ansatz steht ihr Vorgehen für eine fruchtbare Verknüpfung von Methoden und Wissensbeständen der Politischen Theorie mit Fragestellungen der IB und liegt daher dem rekonstruktiven Anliegen der vorliegenden Studie nahe. Auf inhaltlicher Ebene sind Jahns Untersuchungen vor allem aufgrund ihrer dezidiert kritischen Perspektive und ihrer Auseinandersetzung mit der Positionierung Kants im DF aufschlussreich. So adressiert auch Jahn den Reduktionismus und die Ahistorizität der Kant-Aneignungen des DF und zeigt, dass jene durch das Propagieren eines liberalen Separatfriedens ein imperialistisches Programm formulieren, das im direkten Widerspruch zum Kantischen Projekt steht (Jahn 2005: 193 f.). Die Inkonsistenzen liberaler Außenpolitik deutet sie nicht als Widerspruch zwischen den Ansprüchen liberaler Theorie und einer ›illiberalen‹ Praxis, sondern als notwendigen Bestandteil des Liberalismus selbst. Dies jedoch, so Jahns These, entgeht gegenwärtigen liberalen Theorien, weil sie sich auf ein unvollständiges Liberalismuskonzept beziehen und damit immer nur Teilaspekte liberaler Politik abbilden können (vgl. Jahn 2013: 6).

Jahns Einsicht in die besondere Rolle liberaler Ideologie in Theorie und Praxis internationaler Beziehungen sowie die Diagnose, dass es der Disziplin an einem umfassenden Verständnis von Liberalismus mangelt, stellen wichtige Anknüpfungspunkte für diese Studie dar. Unterschiede ergeben sich jedoch hinsichtlich des Anspruches, der mit dem jeweiligen Projekt verbunden ist. Jahn verfolgt das Ziel, auf Basis eines umfassenden Liberalismuskonzeptes die Ambivalenzen und Widersprüche liberaler Praxis im

Liberalismus selbst zu verorten. Dies ist insofern von Interesse für diese Untersuchung, als es eine Kontextualisierung der ideologischen Effekte der DGF vor dem Hintergrund eines historisch elaborierten Liberalismusverständnisses ermöglicht. Jahn bietet einen Kontrast zur für die DGF so zentralen, jedoch auf einer problematischen Kant-Lesart basierenden These der fundamentalen Ambivalenz liberaler Theorie. Ihr Liberalismuskonzept läuft jedoch auch Gefahr, als historische Analysekategorie überstrapaziert zu werden. Dies zeigt sich, wenn dessen Konstitution als umstrittenes politisches Konzept in den Blick genommen wird. Die vorliegende Studie beschränkt sich daher auf den Nachvollzug der politischen Rationalität eines Teilaspekts liberal verstandener Außenpolitik: der Anwendung militärischer Gewalt.

Unvollständig bliebe die Verortung dieser Studie im gegenwärtigen Forschungsstand ohne den Verweis auf Anna Geis' kritische Beiträge zum DF. Sie sind aus einem doppelten Grund für diese Arbeit von Bedeutung: Geis war zum einen langjährige Mitarbeiterin im Frankfurter Forschungsprogramm »Antinomien des demokratischen Friedens« und in der gemeinsamen Leitung mit Harald Müller und Niklas Schörnig an der Ausrichtung des Kernprojekts *Ursachen der wechselnden Beteiligung demokratischer Kriege seit 1990*<sup>20</sup> beteiligt. Zum anderen spitzt sie in ihren außerhalb des Forschungszusammenhangs herausgegebenen Beiträgen dort nur Angedeutetes zu bzw. verfolgt Themen, die in den gemeinsamen Publikationen keinen Platz gefunden haben, jedoch für eine kritische Perspektive auf die DGF unmittelbar relevant sind.<sup>21</sup> Geis problematisiert wiederkehrend die ideologische Wirksamkeit der DF-Forschung und weist auf die differenzierenden Effekte des DF in der politischen Praxis hin, besonders mit Blick auf die Entwicklung von Feindbildern und Bedrohungskonstruktionen (Geis 2008) und einer dichotomen Abwertung nichtdemokratischer gegenüber demokratischen Staaten als Regime zweiter Klasse (Geis 2011, 2013).<sup>22</sup> In einer gemeinsamen Publikation mit Jonas Wolff identifiziert Geis im Rahmen hegemonietheoretischer Überlegungen die gegenwärtige Demokratieförderpraxis und den DF als Herrschaftsprojekt und verweist auf die Funktion der liberal eingehegten Demokratie als funktionales Mit-

---

20 <https://www.hsfk.de/forschung/projekt/ursachen-der-wechselnden-beteiligung-demokratischer-staaten-an-kriegen-seit-1990/>, Zugriff: Dezember 2018.

21 Eine Ausnahme bildet ihr Beitrag in Geis u. a. (2006).

22 Die exkludierenden und hierarchisierenden Effekte des DF deutet jedoch auch sie als Resultat einer Reduzierung der DF-Forschung auf einige ausgewählte Bereiche und vereinfachte Schlussfolgerungen (Geis 2011: 166).

tel einer um die USA zentrierten, transnationalen Hegemonie (vgl. Geis/Wolff 2007: 191). Die Entwicklung des DF wird so im Kontext eines umfassenderen Rechtfertigungsnarratives problematisiert, das sich nicht nur in der außenpolitischen Praxis liberaler Demokratien, sondern auch im ›neuen‹ liberalen Diskurs über internationale Politik und in völkerrechtlichen Debatten zeigt (Geis 2011). Geis verortet die Entwicklung des DF ebenfalls im Kontext der demokratischen Wende in den IB und hat Anteil an der (Re-)Etablierung der auch dieser Untersuchung zugrundeliegenden Analyse-kategorie ›demokratische Besonderheit‹ (ebd.). Sie betont zudem wiederkehrend die Notwendigkeit einer Einbettung des DF in demokratietheoretische Überlegungen und die Beschäftigung mit dessen konzeptuellen Prämissen, insbesondere mit seinem Demokratiebegriff (vgl. Geis 2008: 186, 2011: 169).

Damit bietet sie eine wichtige Vergleichsgrundlage für die in dieser Studie aufgeworfenen Fragen. Denn Geis' kritische Überlegungen zu den problematischen theoretischen Voraussetzungen und praktischen Implikationen des DF werden zwar in den gemeinsamen Publikationen angesprochen, finden aber keine weitergehende Anwendung im Kontext der Ambivalenzthese des Frankfurter Ansatzes. Ausgeblendet wird ebenso, welche Bedeutung ihre Einsichten für eine interne Bewertung der Demokratiekonzeption der DGF hätten. Die Frage, ob die DGF mit der Übernahme desselben Demokratiebegriffes und ihrer Rückkopplung an die liberale DF-Forschung trotz ihres kritischen Anspruches nicht auch ähnliche ideologische Effekte entfalten kann, wird nicht gestellt. Die Gründe hierfür nachzuvollziehen bildet daher eine zentrale Aufgabe dieser Studie, auf deren Aufbau ich im Folgenden eingehen werde.

#### 1.4 Aufbau der Arbeit

*Kapitel 2* macht die konzeptuellen Vorannahmen der vorliegenden Untersuchung explizit und verfolgt zwei Ziele. Zum einen soll eine Grundlage geschaffen werden, vor deren Hintergrund das Verweisungsverhältnis von Theorie und Praxis am spezifischen Fall aufgezeigt werden kann. Zum anderen dient das Kapitel der Klärung des Verhältnisses von Politischer Theorie und IB-Theorie, also der Perspektiven eines begriffsorientierten Zuganges für die IB. Dazu gehört auch die Erläuterung der den Analysegang dieser Studie bestimmenden Konzepte der ›ideologischen Effekte‹ und der ›grundsätzlichen Umstrittenheit‹.